



NACHLESE

Das ist ein Skandal!

24 Prozent der baden-württembergischen Polizei in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8. Keine Aussicht auf Gehaltserhöhungen.

Dass immer noch 5878 Polizeibeamtinnen und -beamte in Baden-Württemberg in den Besoldungsgruppen A 7 und A 8 bezahlt werden, ist ein Skandal. Anders lässt sich diese Tatsache nicht mehr bezeichnen, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass dies ca. 24 Prozent aller baden-württembergischen Kolleginnen und Kollegen sind. Dies auch deshalb, weil seit Jahren unbestritten ist, dass der sachbearbeitende Dienst bei der Polizei mindestens nach der Besoldungsgruppe A 9 bezahlt werden muss und dass es diese Besoldungsgruppen (A 7 und A 8) in vergleichbaren Bundesländern gar nicht mehr gibt! Dies verdeutlicht auch die Wertschätzung unserer Politikerinnen und Politiker für die Polizei und führt deren Geschwätz von mehr leistungsgerechter Bezahlung ad absurdum.

In den anderen Ländern sind im Durchschnitt knapp über zwölf Prozent in diesen Besoldungsgruppen. Die meisten dieser Län-

der freuen sich über Zahlungen aus Baden-Württemberg im Länderfinanzausgleich. Unseren Kolleginnen und Kollegen in diesen



Josef Schneider

Besoldungsgruppen hat das Land Baden-Württemberg dafür als Arbeitgeber durch die vollständige Streichung des Urlaubsgeldes mehr Geld weggenommen

als den höher bezahlten Beamtinnen und Beamten. Das ist längst wieder vergessen, deshalb muss das immer wieder in Erinnerung gerufen werden. In der Politik haben dies anscheinend viele gar nie begriffen, dass sie mit dem Beschluss, das Urlaubsgeld zu streichen, gerade die Kolleginnen und Kollegen in diesen Besoldungsgruppen getroffen haben. Die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sind fast ausnahmslos an allen polizeilichen „Brennpunkten“ in Baden-Württemberg und als Einsatzbeamtinnen/-beamte der Bereitschaftspolizei auch in anderen Bundesländern im Einsatz. **Sie leisten allgemein gute Arbeit, was auch durch die neuesten Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik belegt wird. Aber sie haben keine wirkliche Perspektive.** Wem es nicht gelingt, das Nadelöhr der Zulassung zum gehobenen Dienst zu überwinden, der hat in den nächsten Jahren nur wenig Chancen, befördert zu werden.

Deshalb erwarten wir von der neuen Landesregierung – egal von welchen Parteien sie gebildet wird – eine deutliche Verbesserung für diesen Personenkreis. Wenn diese Zeilen gelesen werden, dann wird das Wahlergebnis der Landtagswahl 2006 bekannt sein. Ich will hier nicht vorgehen, obwohl die Vorhersagen der Demoskopien ja einen Regierungswechsel nicht erwarten lassen. Aber die Demoskopien hatten sich ja vor der letzten Bundestagswahl auch gewaltig geirrt.

Nimmt man die vor der Wahl erfolgten Aussagen der bisherigen Regierungsparteien zu diesem Problem zur Kenntnis, dann kann man vielleicht einen „Silberstreifen am Horizont“ erkennen. Mehr sicher nicht. Alles das, was



Streikende Kolleginnen und Kollegen der GdP Baden-Württemberg

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

bisher zur Problemlösung in Aussicht gestellt wurde, wird das Problem nicht lösen, vielleicht entspannen, mehr aber nicht! Das



können wir auf Dauer so aber nicht akzeptieren.

Es kann nicht sein, dass sich gerade die Polizeibeamtinnen und -beamten als Verlierer fühlen müssen, die rund um die Uhr für

die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen müssen. Bereits jetzt ist der Frust so gewaltig, dass unbedingt Abhilfe geschaffen werden muss! Herr Oettinger hat in seiner Zeit als Fraktionsvorsitzender immer vom „atmenden Stellenplan“ als der Problemlösung gesprochen. Das was jetzt im Wahlprogramm seiner Partei dazu steht, ist aber von seinen damaligen Äußerungen meilenweit entfernt. Die Besonderheit eines atmenden Stellenplans ist es, dass immer so viele Stellen im Haushalt zur Verfügung gestellt werden, dass alle Kolleginnen und Kollegen in einer überschaubaren Zeit in die Besoldungsgruppe A 9 befördert werden können. Das wird mit den angekündigten 1400 Stellenhebungen in den nächsten fünf Jah-



Streikende Mannheimer Kolleginnen und Kollegen auf dem Weg zur Kundgebung

noch niemandem aufgefallen, dass die letzten Gehaltserhöhungen für die Landesbeschäftigten im Jahr 2004 (!) erfolgt sind? Seither

Wenn wir demnächst wieder in den Medien lesen dürfen, dass die Bezüge unserer Landtagsabgeordneten erhöht werden, werden wir öffentlich daran erinnern.

Wer den Finanzminister Möllring (CDU) als Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) so an der langen Leine laufen lässt, der muss sich vorwerfen lassen, kein Ergebnis zu wollen! Es liegt auch der Verdacht nahe, dass man die TdL gar nicht erhalten will.

Dann soll man das auch sagen und in Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Landes Baden-Württemberg eintreten. Auch dann werden wir uns dem Diktat der Arbeitgeber und der veröffentlichten Meinung nicht beugen. Es geht um unsere Zukunft, es geht um die Zukunft der jungen Menschen und nicht um 18 Minuten pro Tag, wie man unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern einzureden versucht!

josch



GdP-Streiklokal in Mannheim: „Cafe Babettel“

ren aber nicht zu machen sein.

Zur Beförderungsproblematik im mittleren Dienst der Polizei kommt erschwerend, dass unsere Landesregierung – offensichtlich im Verbund mit anderen Ländern – bei den Tarifverhandlungen zur Übernahme des TVöD für die Arbeitnehmer/-innen des Landes auf Zeit setzt. Offenkundig ist man der Meinung, dass man sich einen tariflosen Zustand leisten kann! Dieser tariflose Zustand ist gut für den Landeshaushalt, weil er alle Beschäftigten des Landes – auch die Beamtinnen und Beamten – von der allgemeinen Lohnentwicklung abkoppelt. Ist denn

sind die Lebenshaltungskosten – vor allem die Energiekosten – zum Teil deutlich angestiegen.

KREISGRUPPEN BERICHTEN

Einladung zur Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Biberach BePo

Die Kreisgruppe Biberach BePo führt am Montag, 3. April 2006, ab 16.30 Uhr, in der Kantine der 3. Bereitschaftspolizeiabteilung ihre Jahreshauptversammlung durch.

Dazu sind alle Mitglieder, auch die derzeit von der 3. BPA Biberach abgeordneten, herzlich eingeladen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
HJ

Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Baden-Württemberg

GdP-Geschäftsstelle:
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 11
E-Mail-Adresse:
info@gdp-bw.de
Internet: <http://www.gdp-bw.de>

Sozialwerk der Polizei:
Telefon: (0 70 42) 8 79-0
Telefax: (0 70 42) 8 79-2 22
E-Mail-Adresse:
Info@psw-reisen.com
Internet: <http://www.psw-reisen.com>

Redaktion:
Wolfgang Schmidt (Vi.S.d.R.)
Weißensteiner Straße 79
73525 Schwäbisch Gmünd
privat: (0 71 71) 6 13 85
Telefax: (0 71 71) 6 95 26
Handy-Nr.: 01 71/2 26 61 63
E-Mail: wschmi@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 90
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6381

GdP-NEUJAHRSEMPFANG

22. Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei in der Gemeindehalle in Eberdingen

Wenn die Gewerkschaft der Polizei zum Neujahrsempfang lädt, ist mit Prominenz aus Polizei und Justiz zu rechnen. So war es auch in diesem Jahr. Am Montag, dem 16. Januar 2006, gaben sich Polizeipräsidenten, Abgeordnete und Vorstände die Klinke in der Gemeindehalle in Eberdingen in die Hand, so war in der Vaihinger Kreiszeitung über den diesjährigen GdP-Neujahrsempfang zu lesen.

Unter den schätzungsweise 200 Gästen waren auch der Innenminister Heribert Rech (CDU) und die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt. In seiner Begrüßungsrede kritisierte der GdP-Landesvorsitzende Josef Schneider die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr bei der Fußballweltmeisterschaft in unserem Land.

„Anscheinend bekommen einige von denen, die vor einem halben Jahr noch erklärt haben, das sei alles kein Problem für die Polizei, jetzt kalte Füße. Wie anders ist es zu

erklären, dass einige Innenminister in Deutschland, man hat den Eindruck ‚mit Gewalt‘, den Einsatz der Bundeswehr im Innern durchsetzen wollen“,

sagte Josef Schneider. Weiter äußerte er unter Bezugnahme auf ein Zitat des Berliner Innensensors:

„Die WM ist keine Katastrophe, sondern ein Fest. Wir wollen deshalb auch keine Militärfestspiele abhalten.“

„Wenn die Bundeswehr deshalb eingesetzt werden sollte, weil die Polizeikräfte nicht ausreichen, was aber bisher noch gar niemand behauptet hat, dann könnte man



Innenminister Heribert Rech, CDU, und GdP-Landesvorsitzender Josef Schneider hören interessiert zu.

auch Polizeibeamte aus den Niederlanden, Dänemark oder Frankreich ‚ausleihen‘, was zudem noch den Vorteil der Sprachkompetenz hätte.

Die Schweiz habe dies vor einigen Jahren bereits getan. Beim damaligen Gipfel in Evian waren auch baden-württembergische Kolleginnen und Kollegen im Einsatz“, schlug Josef Schneider vor.

Leistungsgerechte Bezahlung

Aber auch andere Punkte, die hier nur beispielhaft aufgezählt und zitiert werden, wurden angesprochen.

„Wir wollen nicht akzeptieren, dass ein großer Teil unserer Kolleginnen und Kollegen nicht leistungsgerecht bezahlt wird.“

„Wir sind auch nicht bereit, ständig uns anzuhören, dass man uns nicht anders als andere Beamtinnen und Beamte behandeln könne.“

„Wir wollen und können auch nicht akzeptieren, dass im Zuge der Verwaltungsreform bei der Polizei um die 800 Stellen im sog. Nichtvollzugsdienst abgebaut werden.“



So eine Veranstaltung braucht ja auch einen Küchenchef. Der Geschäftsführer der GdP Baden-Württemberg, Ralf Knospe, half dem Serviceteam.

Gammelfleisch

Natürlich war auch der bei der Verwaltungsreform aufgelöste und zerschlagene WKD ein Thema, zumal das Thema Lebens-

Fortsetzung auf Seite 4



Auch die Landesvorsitzende der SPD, Ute Vogt, kam zum Neujahrsempfang der GdP.

Fortsetzung von Seite 3

mittelkontrollen in Verbindung mit der Feststellung des so genannten „Gammelfleisches“ wieder aktuell wurde. An die Adresse der anwesenden Polizeiführung sagte Josef Schneider:

„Die GdP hat kein Verständnis dafür, wenn politisch so merkwürdige Entscheidungen wie z. B. kurz vor Weihnachten in Bezug auf die Lebensmittelkontrollen getroffen werden und dann niemand aus ihren Reihen dagegen hält. Das, was da jetzt ausgehandelt wurde, ist ziemlich nahe an dem, was man üblicherweise als ‚Schildbürgerstreich‘ bezeichnet. Wenn nur deshalb, weil man die Öffentlichkeit wieder ruhig stellen will, Polizeibeamte ‚zweckwidrig‘ eingesetzt werden, dann hätten wir auch Kritik aus den Reihen der Polizeiführung erwartet.“

Nachjustieren?

Innenminister Heribert Rech hatte als vorletzter Redner die Möglichkeit auf die Kritik einzugehen. Zwar irrte der Innenminister in der Jahreszahl der Olympischen Spiele in München, aber auch damals hätte die Bundeswehr beim Aufbau geholfen und Hürden aufgestellt, Gräben gezogen und es hätte keinen gestört. Der Innenminister nutzte seine Rede außerdem dazu, den Stellenabbau bei der Polizei und die Auflösung des Wirtschaftskontrolldienstes im Rahmen der Verwaltungsreform zu rechtfertigen.

„Wir werden eine genaue Evaluation durchführen und gegebenenfalls nachjustieren“, so der Innenminister. Er warnte davor, den Gammelfleischskandal und die Auflösung des

Wirtschaftskontrolldienstes in Zusammenhang zu bringen. „Das Fleisch lagert oft schon seit Jahren in den Kühllhäusern, ohne dass der WKD etwas davon bemerkt hat“, war seine Aussage.



Der erste Landtagsvizepräsident, MdL Frieder Birzele, SPD, überbrachte die Grußworte des Landtages.

Zuerst analysieren . . .

Zum Abschluss des Neujahrsempfangs hatte die Landesvorsitzende und SPD-Spitzenkandidatin Ute Vogt das Wort. Bei ihrer engagierten Rede waren die bevorstehenden Landtagswahlen deutlich zu spüren. Zu den Reformen meinte sie, dass Analysen

besser im Vorfeld der Verwaltungsreform, bevor Polizeiposten geschlossen und der WKD aufgelöst wurden, durchgeführt werden sollten.

Zum Abschluss forderte sie, nicht bei der Sicherheit zu sparen, denn, wenn diese nicht mehr gewährleistet sei, sei Sicherheit ein Privileg der Wenigen, die sie sich leisten könnten. *Wok*

GEBURTSTAG

MdL Günter Fischer verabschiedet sich in den Ruhestand

Empfang zum 65. Geburtstag des „Polizeisprechers“ der SPD im Landtag

Mit einem Empfang zum 65. Geburtstag ehrte die SPD-Landtagsfraktion ihren parlamentarischen Geschäftsführer Günter Fischer aus Karlsruhe.

Günter Fischer ist vielen in der Polizei bekannt, weil er in der zu Ende gehenden Legislaturperiode auch „Polizeisprecher“ seiner Fraktion war. Günter Fischer, seit 1970 Mitglied der SPD, war seit 1986 im Landtag und wird dem neuen Landtag – ebenso wie der ehemalige Innenminister und langjährige erste Landtagsvizepräsident Frieder Birzele – nicht mehr angehören, weil beide auf eine Kandidatur bei der Wahl am 26. März 2006 verzichtet haben.

Günter Fischer feierte am letzten Sitzungstag des Landtags vor der Landtagswahl am 22. Februar 2006 in Anwesenheit zahlreicher Gäste – auch aus anderen Fraktionen seinen 65. Geburtstag. In



Herzliche Gratulation dem Polizeisprecher der SPD-Landtagsfraktion Günter Fischer zu seinem 65. Geburtstag.

seiner Rede beschrieb der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Drexler seinen Geschäftsführer als Herz und Seele der Fraktion und als stets freundliches Bindeglied zwischen den Beschäftigten und den Abgeordneten. In seiner Funktion als „Polizeisprecher“ hat Günter Fischer nahezu alle

Polizeidienststellen im Land besucht. Dies allein ist schon eine sehr beachtliche Leistung. Neben dem amtierenden Innenminister Heribert Rech nahmen auch Ex-Innenminister Dr. Thomas Schäuble und Wirtschaftsminister Pfister an dem Empfang teil. Durch seine guten Kontakte auch

zum GdP-Landesbezirk Baden-Württemberg gilt er als profund-er Kenner der Polizei, was zahlreiche Anfragen und Presse-erklärungen belegen. Der GdP-Landesvorsitzende gratulierte Günter Fischer zu seinem Geburtstag und wünschte ihm für den wohl verdienten Ruhestand alles Gute. Seine Glückwünsche verband Josef Schneider mit dem Dank der Gewerkschaft der Polizei für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit in den letzten fünf Jahren. *josch*

REDAKTIONSSCHLUSS

Bitte beachten:

Der Redaktionsschluss für das Landesjournal Baden-Württemberg im „Mai 2006“ ist Dienstag, der 4. April 2006, und für die „Juni-Ausgabe 2006“, Montag, der 8. Mai 2006.

VERWALTUNGSREFORM

Ein Jahr Verwaltungsreform – Fehlentwicklungen stoppen!

Stuttgart. Ein Jahr Verwaltungsreform – Fehlentwicklungen stoppen! Unter diesem Motto stand die Anhörung der Landtagsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 15. Februar 2006 im Landtag Baden-Württemberg.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen hatten Experten, darunter auch den Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei Josef Schneider eingeladen, um sich über die Fehlentwicklungen bei der Verwaltungsreform berichten zu lassen.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion MdL Wolfgang Drexler sprach bei seiner Begrüßung die Knackpunkte der Verwaltungsreform an, die seiner Meinung nach von vornherein als Schnellschuss falsch geplant worden ist und so ist sie dann auch gelaufen.

Mangelndes Demokratieverständnis warf Drexler dem Landkreistag vor, da dieser den Landräten in einem Rundschreiben empfohlen habe, der Veranstaltung fernzubleiben, um dieser nicht ein zu großes Gewicht zu verleihen. Dies sei eine Missachtung von demokratisch gewählten Landtagsabgeordneten und sei in dieser Form noch nie dagewesen. Der Verbrauchspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, MdL Jürgen Walter, ging auf die Lebensmittelkontrolle ein und führte aus, dass der WKD ein Aushängeschild baden-württembergischen Verbraucherschutzes war und die Politiker immer ein hohes Lied darauf gesungen haben. „Kriminelle machen nicht an den Landkreisgrenzen halt“, führte Walter aus und man habe eine schlagkräftige Lebensmittelkontrolle durch die Verwaltungsreform zerschlagen.

Josef Schneider, der auch für die Kooperationspartner sprach, machte den Abgeordneten und Gästen im Landtag klar, dass mit der Abgabe der Lebensmittelkontrolle an die Landratsämter auch die „Verbraucherschutzpolizei“ der WKD zerschlagen wurde.

Schneider führte aus, dass das Innenministerium in einer Pressemeldung noch 2003 verbreiten

ließ, dass der WKD sich verstärkt dem illegalen Handel und Gewerbe im Internet widmen werde. Besonders genannt waren auch der Handel mit „Sportlernahrung“ sowie der Handel mit psychogenen Pflanzen. Man wolle mit dem WKD den unlauteren Wettbewerb eindämmen und Verlosungen und Glücksspiele beobachten. Was ist wohl aus diesen Ankündigungen geworden?

Alle Warnungen, nicht nur von Seiten der Gewerkschaften, sondern auch von Experten hat man in den Wind geschlagen.

Die Krönung der Entwicklung sei dann die Ende des Jahres 2005 beschlossene Unterstützung durch weitere 76 Polizei-beamtInnen, so Schneider.

Der GdP-Landesvorsitzende ging dann auf die Rechtsproblematik beim Betretungsrecht ein. Zum Schluss seiner Einlassungen ließ Schneider die Abgeordneten wissen, dass die GdP nicht locker lassen wird um diese unsinnigen Anordnungen wieder rückgängig zu machen. Es ist nicht hinzunehmen, dass BeamtInnen zur Unterstützung der Lebensmittelkontrollen manchmal über mehrere hundert Kilometer mehrere Tage in der Woche auf Reisen geschickt würden. Es gehe nicht, so Schneider, dass unsere Kollegen in den Dienststellen an allen Ecken und Enden – auch bei Treibstoff für die Dienstfahrzeuge – sparen müssen, dann aber sinn- und zwecklos finanzielle Mittel der Polizei für die Aufgaben anderer Behörden zur Verfügung stellen. **Wosch**



Der Landesvorsitzende der GdP Josef Schneider spricht zur SPD-Anhörung der Verwaltungsreform im Landtag.

FRAUSEMINARE 2006



Die GdP führt auch dieses Jahr wieder ein Frauenseminar durch. Das Motto des Seminars lautet „Selbst- und Zeitmanagement für Frauen im Beruf, Familienarbeit und Ehrenamt“. Es findet vom 2. – 4. Mai 2006 in Wertheim an der Außenstelle der Akademie der Polizei statt. Referentin ist Frau Christa Mellis.

Kosten entstehen für GdP-Mitglieder keine. Ein Fahrtkostenzuschuss wird gewährt.

Anmeldungen bitte ebenfalls an GdP Baden-Württemberg, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen, oder gdp-bw@de oder über die Kreisgruppe.

„Mobbing und andere Katastrophen am Telefon“ Kontaktaufnahme und Gesprächsführung mit Betroffenen in kritischen Lebenssituationen ist das Thema eines Tagesseminars des GdP-Landesfrauenvorstandes und der evang. Telefonseelsorge und Polizeipfarrerin Frau Eva Maria Agster. Dieses Tagesseminar findet am 19. September 2006 auf der GdP-Geschäftsstelle in Eberdingen-Hochdorf statt.

Anmeldungen bitte ebenfalls an GdP Baden-Württemberg, Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen, oder gdp-bw@de oder über die Kreisgruppe. **RSeid**

18. ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg

Pforzheim. Unter dem Motto „Starkes Land – Starke Gewerkschaften – die Würde des Menschen ist unser Maßstab“, fand am 11. Februar 2006 in Pforzheim die 18. ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Baden-Württemberg statt. Die 100 Delegierten der acht Mitgliedsge- werkschaften des DGB befassten sich mit verschiedenen Anträgen und Entschliefungen und legten die Position des DGB in den nächsten vier Jahren fest. Grußworte sprachen der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Günther Oettinger und SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt. Das Referat über das Motto der Veranstaltung hielt die Stellvertretende DGB-Bundsvorsitzende Ursula Engelen-Kefer.



Der Ministerpräsident Günther Oettinger bei seinem Grußwort zu den Delegierten und Gästen des DGB Baden-Württemberg

Mit großer Mehrheit wurden der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener und seine Stell-

Die Delegierten diskutierten und verabschiedeten ein Papier, in dem der DGB seine Positionen für die nächsten Jahre zusammenfasste.

Dazu der DGB-Landesvorsitzende: „Wir untermauern mit dem Papier unseren Anspruch, an der zukünftigen Gestaltung dieses Landes selbstbewusst mitzuwirken. Wir wollen deutlich machen, dass ein starkes und zukunftsfähiges Baden-Württemberg und starke Gewerkschaften untrennbar zusammengehören.“

Von der GdP Baden-Württemberg nahmen an der Bezirkskonferenz die Kollegin Dagmar Hölzl, der Landesvorsitzende Josef Schneider, sein Stellvertreter Rüdiger Seidenspinner und der Landesredakteur Wolfgang Schmidt teil. Mit Spannung wurde der Auftritt des Ministerpräsidenten Günther Oettinger



Josef Schneider gratulierte dem mit großer Mehrheit wiedergewählten DGB-Landesvorsitzenden Rainer Bliesener.

vertreterin Leni Breymaier von den Delegierten für die nächsten vier Jahre wiedergewählt.

erwartet. Es war das erste mal, dass ein Ministerpräsident in der Amtszeit des DGB-Landesvor-



Die Teilnehmer der GdP v. l. n. r.: Rüdiger Seidenspinner, Dagmar Hölzl, Josef Schneider

sitzenden Rainer Bliesener ein Grußwort beim DGB hielt.

Nachfolgend einige Auszüge aus dem Grußwort:

- Wünsche Ihnen, dass sie mehr Mitglieder bekommen, denn ein starker DGB ist ein starker Partner für mich.
- Baden-Württemberg war immer eine Region, in dem Wegweisendes für Deutschland entstanden ist.
- Ratschlag des DGB ist wichtig. Mitwirkung und Mitbestimmung sind wichtige Bestandteile eines demokratischen Staates. Ich habe mir Ihrer Mitbestimmung kein Problem.

- Der Landeshaushalt wird nicht durch eine weitere Kürzung des Weihnachtsgeldes saniert. Diese Sonderzahlung bleibt in Baden-Württemberg bestehen.
- Ich bin bereit über eine Beteiligungsvereinbarung des DGB mit der Landesregierung zu verhandeln. Ich habe die feste Absicht, bei allen Problemen und Fragen wo sie betroffen sind – sie anzuhören.
- Durch die Förderalismusreform wird die Mitwirkung und Mitbestimmung noch viel wichtiger als heute.

Wosch

Sie benötigen Produkte aus der Apotheke?

Sie brauchen die Produkte nicht heute?

Sie wollen bequem per Internet bestellen?

Eine kurzfristige Lieferung würden Sie begrüßen?

... und das ganze noch
zu interessanten Konditionen?

Über unsere Internet-Apotheke können Sie aktuell ca. 178.000 Artikel schnell und kostengünstig bestellen. Und das mit einem Preisvorteil von bis zu 20 % auf nicht rezeptpflichtige Medikamente.

Die umfassende Produktpalette besteht aus apothekenüblichen Präparaten und Hilfsmitteln, die Sie bequem im Internet bestellen können. Diese werden dann kurzfristig an jede gewünschte Adresse bundesweit geliefert.

Schauen Sie einfach mal auf unsere Internetseite www.sozialwerk.de – ab sofort ist auch für Nichtmitglieder eine einmalige Testbestellung auf dieser Internetseite möglich!!

Sozialwerk der Polizei GmbH

Landesbezirk Baden-Württemberg · Maybachstraße 2 · 71735 Eberdingen-Hochdorf · Telefon 070 42/879-0 · Telefax 070 42/879-211
www.sozialwerk-bw.de · info@sozialwerk-bw.de

Kreuzfahrt ohne steife Krägen
und Zwänge bei der Tischordnung
Samstag, 30.09.2006
bis Samstag, 07.10.2006
Ihr Schiff: die "AIDA Blu"
groß, modern, phantasievoll
und lebendig



Kanaren & Madeira

AIDAblu! Mit allem, was ein AIDA Clubschiff ausmacht. Sieben unterschiedliche Restaurants und eine Vielzahl von Bars, großes Theater, Casino, weitläufige Frei- und Sonnendecks, zwei Swimmingpools, Jacuzzis, Lounges, Café, Shop und Internet Corner.

Tag	Land/Insel	an	ab
1.	Spanien/Teneriffa		20.00
2.	Portugal/Madeira	13.00	
3.			17.00
4.	Spanien/La Palma	08.00	18.00
5.	Spanien/Fuerteventura	08.00	20.00
6.	Spanien/Lanzarote	00.00	20.00
7.	Spanien/Gran Canaria	08.00	20.00
8.	Spanien/Tenriffa	01.00	

Die Preise pro Person bei Belegung
mit 2 Erwachsenen:

C-Innenkabine (4) ab 1.290,00 € p.P.
Außenkabine mit eing. Sicht ab 1.380,00 € p.P.
Außenkabine (4) ab 1.475,00 € p.P.

beinhalten Flug, Essen und alle Tischgetränke. Die in Klammern genannten Zahl gibt die maximale Personenbelegung an. Bei Mehrbelegung Preise erfragen.

Wer schnell bucht hat den Vorteil auf bereits reservierte C-Innenkabinen. Für Fragen steht Ihnen jederzeit unser PSW-Reisebüro-Team zur Verfügung.



PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

PSW-Reisen · Maybachstr. 2 · 71735 Eberdingen
Telefon 070 42/879224 · Telefax 070 42/879222
Internet: www.psw-reisen.com · E-Mail: info@psw-reisen.com



Impressionen von der Streikfront

